



Ralph Bollmann

Wir lassen keinen mehr in unsere Stadt

Chronik eines immer härteren Verteilungskampfes

Alles drängt in die großen Städte. Doch dort geben die Einheimischen den Platz nicht her. Wer Ende Mai aus dem Urlaub nach Berlin zurückkehrte, traf gleich an der Autobahnabfahrt Tempelhof auf viele fröhliche Menschen. Sie kamen von dem großen freien Feld, das die Stadtregierung nach der Stilllegung des innerstädtischen Flughafens einfach sich selbst überließ, und sie bevölkerten genau jene offene Flanke, die der Senat eigentlich durch Mietwohnungen und eine neue Stadtbibliothek schließen wollte. Vermutlich hatten die meisten dieser Menschen irgendwann im Laufe des Tages ein Wahllokal aufgesucht und für den Erhalt dieser Brache gestimmt.

Noch am Abend stand fest: Aus den Bauplänen wird nichts. Satte 64,3% der Wähler sprachen sich in einer Volksabstimmung dafür aus, dass die leere Fläche bleibt, wie sie ist – und das bei einer Beteiligung von 46,1%, für ein solches Votum ein sehr hoher Wert. Es klingt nach einem Widerspruch. In Deutschlands Ballungsräumen klagen die Leute über fehlenden Wohnraum, steigende Mieten und überlastete Infrastruktur. Wenn die Politik daran aber etwas ändern will, wird sie von den Wählern ausgebrems. Nicht nur die Berliner lehnten den Bau neuer Wohnungen ab, der den Immobilienmarkt womöglich entspannt hätte. Auch in München sprach sich vergangenen November eine Mehrheit gegen Olympische Spiele aus, die dringend nötige Infrastruktur-Projekte vorangebracht hätte – etwa den Bau eines zweiten S-Bahn-Tunnels, um den Stadt und Land seit langem streiten.

Nur ein paar Kreuzberger Kiezbewohner, die in ihrem Idyll nicht gestört werden wollen, können die 780.000 Stimmen gegen die Tempelhof-Pläne kaum aufgebracht haben. In allen Stadtbezirken waren die Bebauungsgegner in der Mehrheit. Auch akademische Debatten über „Gentrifizierung“ reichen nicht so weit. Und das Argument, dem örtlichen Bürgermeister Klaus Wowereit traue man nach dem Flughafen-Debakel ein solches Projekt nicht mehr zu, kann nicht den Unmut auch in anderen Großstädten erklären. So bleibt als Ursache am Ende ein vages Gefühl, das sich allerdings durch Zahlen stützen lässt: das Gefühl, dass es in den wichtigsten deutschen Metropolen immer voller wird – und dass man durch den Bau neuer Wohnungen oder neuer Bahnhöfe nur noch mehr Menschen anzieht. Die Lokalzeitung „Tagesspiegel“ diagnostizierte nach der Abstimmung „ein zunehmendes Unwohlsein darüber, dass es überall immer enger wird und schneller zugeht“. Dabei geht es nicht nur um teure Wohnungen. Es geht um überfüllte U-Bahnen, um Rempelen im Fahrradpulk und um Bürgersteige, auf denen man vor lauter Straßencafés kaum noch vorankommt. Auch um die letzten Baulücken, durch die

im Winter noch die Sonne in die Straßen schien: Auf dem Tempelhofer Feld sei der Himmel so schön weit, lautete in den vergangenen Wochen ein gern gebrauchtes Argument.

Im Vergleich zu Metropolen wie London, Paris oder New York geht es in deutschen Großstädten zwar immer noch geruh-sam zu, von Peking oder Schanghai ganz zu schweigen – oder den Berliner Verhältnissen vor dem Krieg: Allein Kreuzberg hatte damals doppelt so viele Einwohner wie heute. Aber gerade diesen vergleichsweise entspannten Lebensstil schätzten die Leute an den bundesdeutschen Großstädten, nicht nur an Berlin. Der Wandel fällt umso stärker auf, als bis vor kurzem genau das Gegenteil zu hören war. Ständig sprachen Politiker und Stadtplaner in typisch deutschem Pessimismus vom Rückgang der Bevölkerung, entwickelten Strategien gegen die Schrumpfung und legten Förderprogramme für den Abriss von Wohnungen auf. Das bleibt auch weiterhin aktuell – aber nur für weite Gebiete des ländlichen Raums und einen Teil der mittleren Großstädte.



Abb. 1: Hochspannung am Tempelhofer Feld (Foto: SQF.Plan.Berlin)

Erst in den letzten Jahren hat sich die Einsicht durchgesetzt: In den meisten Ballungsräumen ist es genau andersherum. Nach den Prognosen der Planer werden München und Berlin schon in zehn Jahren jeweils 200.000 Einwohner mehr haben als noch 2009. Für die wirtschaftsstarke Region im Süden der Republik gibt es solche Voraussagen schon länger. Neu ist, dass selbst Städte wie Leipzig oder Dresden trotz fehlender Arbeitsplätze Zuwächse verzeichnen. Und dass die Leute um jeden Preis in die Kernstädte wollen, nicht mehr in die Vororte.

Der Drang in die großen Städte ist in Deutschland ein junges Phänomen. Lange Zeit war das Land durch seine dezentrale Wirtschaftsstruktur geprägt. Weltmarktführer saßen auch auf der Schwäbischen Alb oder in Ostwestfalen, und sie hatten

keine Mühe, qualifizierte Leute aus der Region zu rekrutieren. Die bedeutendsten Universitäten befanden sich in Städten wie Heidelberg oder Göttingen. Für die kulturelle Tradition standen Orte wie Weimar oder Wolfenbüttel. Die Verwüstung der Innenstädte durch Krieg und Wiederaufbau tat ein Übriges, den Drang in die Zentren zu dämpfen. Das hat sich gründlich geändert. Deutschland wird urbaner: Die Kulturszene schaut fast nur noch nach Berlin, prominente Wissenschaftler bevorzugen heutzutage Professuren an Großstadt-Unis, selbst gute Jobs bei großen Firmen sind in der Provinz viel schwerer zu besetzen als noch vor ein paar Jahren. Von „Schwarmstädten“ reden Wissenschaftler inzwischen – von Sehnsuchtsorten, die schlichtweg „in“ sind. Geht ein Abiturient aus der bayerischen Provinz nach München, folgt ihm der Rest des Jahrgangs bald nach. „Großstadt ist einfach geiler“, so formulierte es der Stuttgarter Raumplaner Stefan Siedentop in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Das findet nicht nur die Jugend aus Hoyerswerda oder Reutlingen. Auch Italiener oder Spanier, die vor der heimischen Krise flüchten, zieht es in die deutsche Großstadt.

Längst sind es nicht mehr nur die Arbeitsplätze, die junge Leute in die Ballungszentren locken. Bisweilen laufen die Firmen dem Nachwuchs hinterher. „Weil die Wissensökonomie ihr Know-how benötigt, folgen die Unternehmen den Standortwünschen der Menschen“, schreiben die Ökonomen Kurt Geppert und Martin Gornig vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Das macht das Gedränge nur größer. Um den Ansturm zu bewältigen, setzen Architekten und Stadtplaner auf Verdichtung. Sie wollen Baulücken füllen, Dachgeschosse aufstocken, Industriebrachen bebauen. Auch die Tempelhof-Pläne gehörten zu dieser Strategie. Das klingt

klug: Schließlich streben die Zuzügler in die innerstädtischen Altbauviertel, nicht auf die grüne Wiese. Außerdem lässt sich die bestehende Infrastruktur nutzen – neue U-Bahnen sind ebenso wenig vonnöten wie neue Straßen, Gas- oder Wasserleitungen. Das Problem ist nur: Damit verstärken die Planer das Phänomen, das die Anwohner beklagen. Sie glauben, dass ihnen zusätzliche Wohnungen keine Entlastung bringen – sondern dass sie gemäß der Schwarmtheorie wieder neue Leute anziehen, die alles nur noch voller machen und die Sogwirkung der Stadt abermals potenzieren. Irgendwann, finden sie, müsse doch Schluss sein.

Es ist ein Verteilungskampf zwischen denen, die schon in der Großstadt wohnen, und jenen, die noch hinwollen. Auch die Neuankömmlinge suchen dort oft genug das Idyll, das sie durch ihren Zuzug selbst zerstören. Solange ihnen die Vorzüge der Stadt noch immer größer erscheinen als die Nachteile, über die sie stöhnen – so lange wird sich daran nichts ändern. Der Volksentscheid zu Tempelhof wird vermutlich nicht das letzte Wort gewesen sein, falls der Zustrom in die Städte anhält wie bisher. Wenn das freie Flugfeld wirklich so attraktiv ist wie behauptet: Dann haben die Gegner der Bebauung das Ihre dazu beigetragen, dass die Hauptstadt immer voller wird.

Ralph Bollmann

Autor, Historiker, Korrespondent für Wirtschaftspolitik, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

Dieser Beitrag wurde erstveröffentlicht in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 01.06.2014, Nr. 22, S. 24. Wir danken der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung für die Genehmigung zum Abdruck.

Ordentliche Mitgliederversammlung des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Der Verbandsrat hat die ordentliche Mitgliederversammlung auf Donnerstag, den 13. November 2014, 10:00 Uhr festgelegt.

**Ort: AXICA Kongress- und Tagungszentrum
Pariser Platz 3, 10117 Berlin**

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes
Der Tätigkeitsbericht 2. Halbjahr 2013 /
1. Halbjahr 2014 liegt zur Mitgliederversammlung vor.
2. Bericht des Verbandsrates
3. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses
4. Feststellung des vom Vorstand und vom Verbandsrat
aufgestellten Jahresabschlusses 2013
5. Entlastung des Verbandsrates für das Geschäftsjahr 2013
6. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2013

7. Bericht des Vorstandes über den Arbeits-
und Wirtschaftsplan 2014/2015
8. Anträge an die Mitgliederversammlung
9. Wahl des Vorstands gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 3 der Satzung
10. Verschiedenes

Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender
Peter Rohland, Vorstand

Zur Wahrnehmung des Stimmrechts auf der Mitgliederversammlung wird auf § 9 Abs. 2 und 3 der Satzung verwiesen. Anträge und Wahlvorschläge müssen gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung, am **Mittwoch, dem 15. Oktober 2014**, beim Verbandsrat (Bundesgeschäftsstelle, Fritzschestraße 27/28, 10585 Berlin) eingegangen sein.